

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Kommissionen
für Wirtschaft und Abgaben
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 95 30
Fax 031 322 96 57
www.parlament.ch
wak.cer@parl.admin.ch

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates während der 49. Legislaturperiode, 2011 - 2015

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 3.12.2011 wurden der WAK-S folgende Sachbereiche zugewiesen:

- Volkswirtschaft, Konjunktur- und Währungspolitik
- Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen (u. a. Handel, Finanzwesen, Versicherungen, Tourismus)
- Steuern (nationales und internationales Steuerwesen, Zollwesen)
- Wettbewerb (Binnenmarkt, Preise, Kartelle, unlauterer Wettbewerb u. a. unter den Aspekten der Konsumenteninformation, des Konsumkredits, der technischen Handelshemmnisse, der Produktsicherheit und -qualität sowie des öffentlichen Beschaffungswesens)
- Förderung des Wirtschaftsstandortes
- Arbeitsmarkt (Arbeitslosenversicherung nur im Nationalrat)
- Geistiges Eigentum (Patentrecht, Markenschutz usw.)

2 Behandelte Geschäfte der 49. Legislaturperiode 2011 - 2013

21 Statistischer Überblick

Die WAK-S hat insgesamt 292 Geschäfte beraten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	11	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	60	Wovon 4 abgelehnt, 2 zurückgewiesen, 1 abgeschrieben
c.	Berichte des Bundesrates	23	Wovon 12 im Rat behandelt
d.	Mitberichte	1	
e.	Konsultationen zu Verordnungs-entwürfen des Bundesrates	5	3 Verhandlungsmandate 1 Verordnungsentwurf 1 Leistungsauftrag
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	9	3 <i>keine Folge gegeben</i> 2 <i>Folge gegeben</i> 3 <i>behandelt und sistiert</i> 1 <i>Kommissionsinitiative</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	17	6 <i>Zustimmung</i> 9 <i>Ablehnung</i> 2 <i>beraten und sistiert</i>

h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	22	19 keine Folge gegeben 3 Beschluss sistiert
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa. Iv. / Kt. Iv. 2. Phase, Komm. Iv.)	2	2 abgeschrieben
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. Iv.)	10	8 angenommen 1 abgelehnt 1 Beratung sistiert
k.	Kommissionsvorstösse	14	11 Motionen 3 Postulat
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	81	24 Zustimmung 3 Änderung 47 Ablehnung 7 behandelt und sistiert 3 Vorprüfungen von Motionen aus dem Ständerat
m.	Petitionen	25	18 keine Folge geben 6 gemäss Art 126 Abs. 2 ParlG im Rahmen eines anderen Geschäfts behandelt. 1 Autor verstorben
n.	Interne Geschäfte	11	
o.	Spezialfälle	1	Erklärung des Ständerates
	Total	292	

Von der 47. zur 48. Legislaturperiode hatte in der WAK-S ein markanter Anstieg der Anzahl Geschäfte um 50% stattgefunden. Dieser dürfte weitgehend auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen gewesen sein. Zum Ende der 49. Legislaturperiode kann nun festgestellt werden, dass die Geschäftslast der WAK-S auf diesem hohen Niveau geblieben ist, indem sogar ein bisschen mehr Geschäfte, nämlich 292 (gegenüber 284 in der 48. Legislaturperiode) behandelt wurden.

22 Volksinitiativen und Erlassentwürfe des Bundesrates

Die WAK-S hat 11 Volksinitiativen beraten, , was einen absoluten Rekord darstellt. Dabei handelt es sich um die folgenden:

15.021s	Vo.Iv. „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“
13.107s	Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform). Volksinitiative
13.095s	Energie- statt Mehrwertsteuer. Volksinitiative
13.085n	Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative
13.093s	Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative). Volksinitiative
13.084n	Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen. Volksinitiative
13.057s	Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung). Volksinitiative
13.014s	Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative). Volksinitiative
12.074n	Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes! Volksinitiative
12.017n	1:12 - Für gerechte Löhne. Volksinitiative
12.068n	Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen. Volksinitiative

Ein vom Bundesrat mit der Botschaft zur Vo.Iv. 10.060 Sicheres Wohnen im Alter vorgelegter indirekter Gegenvorschlag wurde im Ständerat zunächst noch abgeändert, der Nationalrat trat dann aber nicht darauf ein und auch der Ständerat lehnte in einer zweiten Runde das Eintreten ab.

Bei allen übrigen Initiativen ist die Kommission dem Antrag des Bundesrates gefolgt und hat sie ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen.

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates waren folgende:

15.049s	Unternehmenssteuerreformgesetz III
15.048n	Geldwäschereigesetz. Änderung

15.047	Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates un der OECD. Genehmigung
15.046	Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. BG
15.019	Standortförderung 2016-19
14.095	Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten. (LadÖG)
14.093n	Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens. BG
14.061n	Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG)
14.055s	Eventualverpflichtungen der Wohnraumförderung 2015-2021. Rahmenkredit
14.051s	Steuerbefreiung von juristischen Personen mit ideellen Zwecken. Bundesgesetz
14.040n	Exportrisikoversicherungsgesetz, SERVVG. Revision
13.083	Steueramtshilfegesetz. Änderung
13.073	Doppelbesteuerung. Abkommen mit Frankreich auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern
13.046	Massnahmen zur Erleichterung der Bereinigung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den Vereinigten Staaten. Dringliches Bundesgesetz
13.044	Zusammenarbeit bei der Anwendung von Wettbewerbsrechten. Abkommen mit der EU
13.032	Genehmigung und Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA). Abkommen mit den Vereinigten Staaten
12.096n	Bankengesetz. Genehmigung des 4. Kapitels der Verordnung über die Liquidität der Banken (too big to fail)
12.051sn	Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Österreich
12.050sn	Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Deutschland, Abkommen mit dem Vereinigten Königreich sowie internationale Quellenbesteuerung. Bundesgesetz
12.039	Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit

12.037s	Kollektivanlagengesetz. Änderung
12.021n	Agrarpolitik 2014-2017
12.020s	Alkoholgesetz. Totalrevision
11.057n	Versicherungsvertragsgesetz. Totalrevision
11.047n	Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer. Änderung (Belebung des schweizerischen Kapitalmarktes)
11.044	Steueramtshilfegesetz
11.043s	Besteuerung nach dem Aufwand. Bundesgesetz
11.026n	Direkte Steuern bei den natürlichen Personen. Zeitliche Bemessung
11.023s	Aus- und Weiterbildungskosten. Steuerliche Behandlung. Bundesgesetz
10.049s	Bundesgesetz über Banken und Sparkassen (Nachrichtenlose Vermögen). Änderung (WAK) Entwurf 3
08.053n	Vereinfachung der Mehrwertsteuer (zwei-Satz-Modell). Zusatzbotschaft

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaften und der Beratungen finden Sie in Curia Vista.

Allgemeine Bemerkungen zur Beratung von Erlassentwürfen in der WAK-S:

Die Arbeit der WAK-S in der 49. Legislatur war stark geprägt von der Weiterentwicklung der Finanzplatzstrategie im Nachgang zur Finanzkrise. Sinnbildlich für die raschen Entwicklungen in diesem Bereich ist das Steueramtshilfegesetz (SR 651.1), welches innerhalb der 49. Legislatur von den Räten verabschiedet (11.044) und bereits ein erstes Mal revidiert wurde (13.083).

Spektakulärste und für die Kommission äusserst aufwändige Vorlage in diesem Zusammenhang war das dringliche Bundesgesetz über die Massnahmen zur Erleichterung der Bereinigung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den Vereinigten Staaten (13.046; auch „Lex-USA“ genannt). Innerhalb von drei Wochen ab Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat tagte die WAK-S an vier Sitzungen über 20 Stunden lang. Die Vorlage scheiterte schliesslich am 19. Juni nach dem zweiten Nichteintretensbeschluss des Nationalrates.

In der Folge des Beschlusses des Bundesrates vom März 2009, wonach die Bestimmungen des Artikels 26 des OECD-Musterabkommens in neue und bestehende Doppelbesteuerungsabkommen zu übernehmen sind, hat die Kommission nicht weniger als 24 Doppelbesteuerungsabkommen behandelt. Gescheitert ist hingegen

das Abkommen mit Frankreich (13.073 Abkommen auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern): Zuerst lehnte der Nationalrat das Eintreten ab, worauf der Ständerat zwar eintrat, aber eine Rückweisung an den Bundesrat beschloss. Nachdem der Nationalrat diese Rückweisung abgelehnt hatte, scheiterte das Abkommen schliesslich in der Gesamtabstimmung im Ständerat. Das bestehende Abkommen wurde daraufhin von Frankreich ersatzlos gekündigt.

Auch zum Schluss der Legislatur beschäftigte sich die Kommission fast ausschliesslich mit internationalen Steuerfragen, indem die Beratung der Unternehmenssteuerreform III sowie des Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch im Steuerbereich fast die gesamte Sitzungszeit der letzten zwei Quartale in Anspruch nahm.

Drei weitere Vorlagen haben sehr viel Beratungszeit in Anspruch genommen:

Über die Revision des Kartellgesetzes (12.028) beriet die Kommission an 7 Sitzungstagen während insgesamt 35 Stunden. Dies entspricht knapp einem Viertel der regulären Sitzungszeit der WAK-S in der ersten Hälfte der 49. Legislaturperiode. Am Schluss scheiterte die Vorlage nach dem zweiten Nichteintretensentscheid des Nationalrates.

Für die Agrarpolitik 14-17 (12.021) wurden 5 Sitzungstage aufgewendet wobei über 60 Anträge aus der Kommission beraten wurden.

Die Totalrevision des Alkoholgesetzes (12.020) beschäftigte die Kommission von Januar 2013 bis November 2015. Insbesondere die Uneinigkeit über die Verfassungsmässigkeit eines neuen Besteuerungssystems, der sogenannten Ausbeutebesteuerung, erschwerte die Kompromissfindung in der Differenzbereinigung erheblich, so dass am Ende auf Antrag beider Kommissionen, entsprechend dem Art. 90 ParlG, der Entwurf abgeschrieben wurde.

Im Bereich des Steuerrechts scheiterte der Versuch, die Mehrwertsteuer zu vereinfachen in zwei Schritten. In der Winteression 2011 wurde die Vorlage 08.053, welche einen Einheitssatz vorsah, an den Bundesrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, ein Modell mit zwei Sätzen auszuarbeiten. Im Jahr 2012 traten die Räte aber auch auf diese Vorlage nicht ein.

23 Ausarbeitung einer Vorlage

In der 49. Legislaturperiode hat die WAK-S keine eigene Vorlage ausgearbeitet.

24 Erlassentwürfe des andern Rates

8 Vorlagen der Schwesterkommission fanden in der WAK-S Zustimmung. Diese betrafen so unterschiedliche Themengebiete wie das Beschaffungswesen (03.445), die Ladenöffnungszeiten (09.462), Zolltarif für Gewürzfleisch (10.426), Strafe für den Verkauf von Bankkundendaten (10.450), Privatverschuldungsprävention (10.467), Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen (12.485), Genossenschaftsversicherungen (12.503) und Verrechnungssteuer (13.479).

In einem Fall bot die WAK-S keine Hand für Neuregelungen: Dies bei der Vorlage zur Aufweichung des Cassis-de-Dijon-Prinzips (10.538).

Zudem hat die Kommission die Beratung eines Erlassentwurfs ihrer Schwesterkommission zur Revision der Stempelsteuer sistiert (09.503).

25 Vorprüfungen

Wie bereits in den vorangegangenen Legislaturen hatte die WAK-S nur wenige parlamentarische Initiativen vorzuprüfen. Nur eine davon steht in der 2. Phase (14.449) die anderen betrafen jeweils Anliegen, welche im Rahmen anderer Geschäfte erfüllt wurden. Die einzige eigene Initiative (11.401), welche die WAK-S ursprünglich zur Abfederung eines indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative 10.060 „Sicheres Wohnen im Alter“ eingereicht hatte, zog sie zurück, nachdem der Gegenvorschlag des Bundesrates gescheitert war.

Bei über der Hälfte der Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission gab die WAK-S eine negative Antwort.

Es ist bemerkenswert, dass die WAK-S in der gesamten Legislatur keiner einzigen Standesinitiative Folge gegeben hat.

26 Vorstösse

Die Kommission reichte 11 Motionen und 3 Postulate ein – entweder in Zusammenhang mit der Prüfung einer bundesrätlichen Vorlage oder aufgrund der Behandlung eines Themas aus ihrem Zuständigkeitsbereich und ohne direkten Bezug zu einem Geschäft.

Wie bereits in der vergangenen Legislatur hatte die Kommission eine grosse Zahl an Motionen aus dem Nationalrat zu bewältigen. Erneut hatten verschiedene ausserordentliche Sessionen dazu geführt, dass der Nationalrat eine grosse Zahl an Vorstössen pauschal behandeln konnte. Zahlreiche dieser Motionen wurden nach sorgfältiger Überprüfung in der WAK-S im Ständerat abgelehnt.

27 Konsultationen zu Verordnungsentwürfen, Information und Koordination

Die Kommission verlangte bei 4 Verhandlungsmandaten, 4 Verordnungsentwürfen und 1 Leistungsauftrag, konsultiert zu werden.

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die WAK-S im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Auch hier lag der Fokus auf den Bereichen Finanzplatz Schweiz und internationale Steuerfragen. Hierzu liess sich die Kommission regelmässig durch das zuständige Departement über die neusten Entwicklungen informieren.

Im Rahmen der Regelmässigen Aussprachen mit dem neuen Präsidenten des SBN-Direktoriums, Thomas Jordan, liess sich die Kommission unter anderem über das Thema Frankenstärke informieren.

28 Koordination mit andern Kommissionen

- Zu zahlreichen finanzhaushaltrelevanten Vorlagen erstellte die Finanzkommission Mitberichte zuhanden der WAK-S. Überdies gab es

- vonseiten der SGK-S einen Mitbericht zur Vorlage 12.020 Alkoholgesetzrevision sowie einen Mitbericht der UREK-S zur Vorlage 12.021 Agrarpolitik.
- Auf Wunsch der SIK-S erstellt die WAK-S einen Mitbericht zur Teilrevision des Zollgesetzes (15.029)

3 Zusammensetzung der Kommission

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2011 - Wintersession 2013: Konrad Graber (CVP, LU)
- Präsident Wintersession 2013 – Wintersession 2015: Roberto Zanetti (SP, SO)

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2011: Baumann, Bischof, Engler, Fetz, Föhn, Freitag (verstorben am 5. Oktober 2013), Germann, Graber Konrad, Hefti (seit März 2014, ersetzt Freitag), Keller-Sutter, Levrat (ab Mai 2012, ersetzt Stöckli), Recordon, Schmid Martin, Stöckli (bis April 2012) Zanetti

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die 36 regulären Kommissionssitzungen haben 52 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 276 Stunden (durchschnittlich 5.3 Stunden pro Sitzungstag). Die Kommission hat 14 Sitzungen während der Session abgehalten. Diese dauerten insgesamt 27.5 Stunden (durchschnittlich rund 2 Stunden.)

Fazit: Die Kommission hat in dieser Legislatur 303.5 Stunden getagt. Im Vergleich zu der vergangenen Legislatur sind dies 15.25 Sitzungsstunden weniger.

Zum Abschluss der Präsidentschaft von Ständerat Graber fand die Oktobersitzung 2013 in seinem Heimatkanton statt. Nach einem Besuch der Emmi-Höhlen in Kaltbach tagte die Kommission auf dem Pilatus auf 2132 M.ü.M.

Die Junisitzung 2015 fand im Heimatkanton von Ständerat Zanetti in Solothurn statt. Anlässlich dieser Sitzung besuchte die Kommission das Stahlwerk in Gerlafingen.

42 Subkommissionen

Die Kommission hat in der 49. Legislaturperiode keine Subkommissionen eingesetzt.